

AUSSTELLUNG UND ERÖFFNUNGSVERANSTALTUNG

VERSAGEN MIT SYSTEM

GESCHICHTE UND WIRKEN DES VERFASSUNGSSCHUTZES

**Verfassungsschutz schützt Verfassung
wie Zitronenfalter Zitronen falten**
Anne Roth



Ausstellung VERSAGEN MIT SYSTEM
vom 27. Oktober bis 14. November 2014
im Foyer der Ex-HWP (Universität Hamburg,
Von-Melle-Park 9, 20146 Hamburg)

**Eröffnungsveranstaltung mit Frank
Schubert vom FORUM FÜR KRITISCHE
RECHTSEXTREMISMUSFORSCHUNG**
am 29. Oktober 2014 um 19 Uhr
im Raum S 07 der Ex-HWP

organisiert vom Hamburger Bündnis gegen Rechts

Der Verfassungsschutz (VS) gilt als „Frühwarnsystem“ gegen die Bedrohungen der verfassungsmäßigen Ordnung in der Bundesrepublik. Seit der Gründung der VS-Ämter werden jedoch immer wieder Skandale, Kompetenzüberschreitungen und Grundrechtsverletzungen bekannt. Mit der Selbstenttarnung des Terrornetzwerkes Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) ist deutlich geworden: Der VS hat als Frühwarnsystem versagt.

Affären mit VS-Beteiligung werden in den öffentlichen Debatten oft als Pannen behandelt und geraten schnell wieder in Vergessenheit. Eine Betrachtung über einzelne Fälle hinaus zeigt jedoch, dass sich bestimmte Muster wiederholen. Tatsächliche Bedrohungen für die Demokratie, etwa durch militante Neonazis, verfolgt die Behörde nur ungenügend. Gleichzeitig werden Gefahren überschätzt, etwa wenn der VS es als seine Aufgabe betrachtet, linke Punkbands zu überwachen.

Die einseitige Fokussierung der Behörde auf die Beobachtung von „Verfassungsfeinden“ an den „äußeren Rändern“ der Gesellschaft folgt der Logik des Extremismusmodells. – der fragwürdigen Arbeitsgrundlage des VS. Dies führt auch dazu, dass Alltagsrassismus und menschenfeindliche Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft für den VS keine Rolle spielen. Wer ihrer Ansicht nach als bedrohlich gilt und wer nicht, vermittelt die Behörde immer häufiger im Rahmen von Bildungsangeboten.

Im Kern bleibt der VS ein Geheimdienst und entzieht sich dadurch einer wirksamen, demokratischen Kontrolle. Unter diesen Umständen ist der nächste große VS-Skandal nur eine Frage der Zeit. Das Handeln des VS schadet der Demokratie mehr als es ihr nützt. Diese Ausstellung beleuchtet auf den folgenden Tafeln in fünf thematischen Abschnitten die Ursachen und Hintergründe für dieses Versagen mit System.

FKR

Forum für kritische
Rechtsextremismusforschung



Das Hamburger Bündnis gegen Rechts zeigt in Kooperation mit dem AStA der Universität Hamburg die Ausstellung Versagen mit System des Forums für kritische Rechtsextremismusforschung. Uns ist wichtig, die kritische Auseinandersetzung mit dem sog. NSU und der Rolle des Inlandsgeheimdienstes weiter fortzusetzen.

Am 05. November 2011 wurde die bundesdeutsche Öffentlichkeit über das unfassbare Treiben eines „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) informiert. Diese Gruppe zog 13 Jahre lang, von den Behörden angeblich unbemerkt, mordend und bombenwerfend durch die Republik und tötete 10 Menschen. Dutzende weiterer Menschen wurden durch ein Nagelbomben – Attentat verletzt. Bei den Opfern handelte es sich überwiegend um Menschen türkischer Herkunft. Unter den Opfern befand sich auch der in Hamburg Bahrenfeld ansässige Kaufmann Süleyman Taşköprü, der am 27.06.2001 kaltblütig ermordet wurde.

Rassismus in der Mitte der Gesellschaft

Rassistische Einstellungen haben in der Bundesrepublik Kontinuität. Das Beispiel Thilo Sarrazin bedeutet hier nur die Spitze des Eisbergs. Theorien der Ungleichheit werden alltagssprachlich gemacht, insbesondere durch die Medien. Darüber hinaus wird die „Mitte der Gesellschaft“ vom Handeln staatlicher Stellen beeinflusst. Wer Menschen, wie z.B. Flüchtlinge, in verschiedene Kategorien unterteilt, ihnen je nach Herkunft und Aufenthaltsstatus Menschen- und Bürgerrechte beschneidet oder vorenthält, der verschafft RassistInnen und FaschistInnen die Legitimation für ihr Handeln.

Verharmlosung des Neo-Faschismus hat Tradition

Bis November 2011 verneinte der Verfassungsschutz die mögliche Existenz von terroristischen Nazi-Strukturen. Seit Anfang der 1990er Jahre kamen mehr als 180 Menschen aufgrund faschistischer Gewalt um. Sie wurden stets als Opfer von EinzeltäterInnen betrachtet. Die Verharmlosung rassistischer Gewalt hat historische Gründe. Der Verfassungsschutz wurde 1950 im Zuge des Kalten Krieges zwischen Ost und West als antikommunistischer Inlandsgeheimdienst gegründet. Für diese Aufgabe wurden viele erklärte AntikommunistInnen rekrutiert: Ehemalige Nazis. Die zu diesem Zeitpunkt reaktivierte Totalitarismustheorie, die Gleichsetzung von Sozialismus und Faschismus, hat ihre innenpolitische Entsprechung in der Gleichsetzung von Nazis und ihren erklärten GegnerInnen. Aufgrund der personellen Kontinuität und des Klimas des

Kalten Krieges waren tatsächlich aber immer nur Linke, oder solche, die man dafür hielt, im Fokus.

Unser Ziel ...

ist eine solidarische Gesellschaft, in der Platz für alle Menschen ist, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Weltanschauung, sozialem Status oder Behinderungen.

Wir stellen uns gegen rassistische Erklärungsmuster oder Ausgrenzungen, die gesellschaftlichen Konkurrenzverhältnissen entspringen. In diesem Sinne sind alle Menschen aufgefordert, sich aktiv einzusetzen für eine soziale Umgestaltung und Demokratisierung der Gesellschaft, um den FaschistInnen den Nährboden zu entziehen. Unsere Solidarität gilt den Betroffenen rassistischer Gewalt, insbesondere den von dem NSU Ermordeten und ihren Angehörigen.

... Verfassungsschutz abschaffen

Wir stellen die Institution Verfassungsschutz nicht nur in Frage, sondern fordern deren Abschaffung, denn sie ist Teil des Problems. Der Geheimdienst untergräbt mit seinen grundrechtsgefährdenden und unkontrollierbaren Instrumentarien die Demokratie. Er musste als Frühwarnsystem kläglich scheitern, hat den Neo-Faschismus nicht nur klein geredet, sondern die Nazi-Szene personell und finanziell unterstützt. Alte und neue Nazis wollen eine Diktatur auf völkischer Grundlage errichten. Sie handeln entsprechend und gehen auch mit Gewalt gegen alle Menschen vor, die nicht in ihr Weltbild passen. Diese Gefahr zu benennen und Handlungskonzepte zu entwickeln, muss Aufgabe der Zivilgesellschaft unter Einbeziehung von Wissenschaft und antifaschistischer Praxis sein.

Darüber hinaus fordern wir:

- Die vollständige Auflösung der NPD und aller faschistischen Organisationen,
- Lückenlose Aufklärung der Mordserie des NSU und der staatlichen Verstrickungen, ohne Rücksicht auf Geheimhaltungspflichten,
- Sofortige Abschaffung aller V-Leute,
- Gegen jegliche Ausgrenzung und Diskriminierung – gleiche Rechte für alle Menschen,
- Stärkung antifaschistischer, antirassistischer Initiativen und zivilgesellschaftlichen Engagements.